



Colloque International

Ministere de la Promotion Féminine,
Luxembourg
13 octobre 2003

Le congé parental défi pour l'économie et l'égalité entre les femmes et les hommes

Es gilt das gesprochene Wort.

Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem

„Wir werden unser großes gesellschaftliches Reformprojekt ‚Gleichstellung von Frauen und Männern‘ fortsetzen. Nur eine geschlechtergerechte Politik ermöglicht die Modernisierung unserer Gesellschaft. (...) Die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung in jedem Ressort.“ⁱ So liest sich die Zielvorgabe der rot-grünen Bundesregierung im aktuellen Koalitionsvertrag. Und in Bezug auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit heißt es an anderer Stelle: „In dieser Legislaturperiode ist die bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ein zentrales gesellschaftspolitisches Reformvorhaben dieser Koalition.“ⁱⁱ Im Folgenden möchte ich die Bundesregierung beim Wort nehmen und ein wenig genauer hinschauen.

„Nur eine geschlechtergerechte Politik ermöglicht die Modernisierung unserer Gesellschaft“. – Was heißt das konkret? Geschlechtergerechtigkeit übersetzen wir bei ver.di mit Geschlechterdemokratie. Diese ist für uns das Politikziel von Genderpolitik. Für uns bedeutet Geschlechterdemokratie die Herstellung gleicher Chancen – aber auch gleicher Bedingungen und Ausgangslagen für Frauen und Männer. Individuelle Lebensentwürfe müssen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Lebenslage möglich und lebbar sein. Damit beinhaltet der Gedanke der Geschlechter-

demokratie auf der einen Seite den Abbau von Diskriminierung. Auf der anderen Seite aber keineswegs Gleichmacherei, sondern die Anerkennung der Vielfalt und Gleichwertigkeit ganz unterschiedlicher Lebensentwürfe. Und zwar – das sei hier nochmals betont – von Frauen *und* von Männern gleichermaßen!

Was hat nun Rot-Grün seit ihrem Antritt geschlechterpolitisch bewegt?

Nehmen wir zunächst die Frage der Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsarbeitsleben. Hier hat die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode für den öffentlichen Sektor ein neues Gleichstellungsgesetz verabschiedet – bei der Privatwirtschaft aber mit verbindlichen gesetzlichen Regelungen einen Rückzieher gemacht. 2001 ist lediglich eine Vereinbarung zwischen Regierung und Wirtschaft zum Thema Chancengleichheit entstanden, die auf freiwilliger Selbstverpflichtung beruht. Ende diesen Jahres sollen die Bemühungen nun einer Bilanz unterzogen werden. Im Falle eines unbefriedigenden Ergebnisses, so Bundeskanzler Schröder noch im letzten Jahr, müsse erneut über eine gesetzliche Regelung nachgedacht werden. Nach ersten Ergebnissen einer Betriebsbefragung des IAB aus dem August 2003 scheint alles darauf hinauszulaufen.ⁱⁱⁱ Denn danach haben bislang nur 6,5% aller deutschen Unternehmen tarifliche, betriebliche oder freiwillige Vereinbarungen getroffen – wie beispielsweise eine Rücksichtnahme auf Elternbedürfnisse in der Arbeitszeitgestaltung. Selbst wenn die Kleinbetriebe aus der Untersuchung rausgerechnet werden – die Ergebnisse variieren mit der Betriebsgröße und auch zwischen den Branchen – erhöht sich diese Zahl lediglich auf 14,3% der Unternehmen. Aus dem Frauenministerium ist nun zu hören, dass erst Ende des Jahres endgültig bilanziert werden soll. Wir dürfen also gespannt sein. Auch deswegen, weil Ministerin Renate Schmidt neuerdings eher auf lokale Bündnisse und neue Allianzen für Familien zu setzen scheint, bei der sie Politik, Wirtschaft, Sozialverbände und weitere Akteure an einen Tisch bringen will.^{iv} Erneut auf freiwilliger Basis und ohne gesetzlichen Druck. Auch eine durch Prognos durchgeführte und vom Ministerium in Auftrag gegebene Kosten-Nutzen-Analyse familienfreundlicher Maßnahmen im Betrieb setzt allein auf die Kraft des besseren Arguments.^v Legen wir die bisherigen Erfahrungen mit Selbstverpflichtungen zugrunde dann ist gesunde Skepsis angebracht, ob das wirklich ausreichend ist.

Gleichwohl hat Rot-Grün bereits in der letzten Legislaturperiode einige gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht, die grundsätzlich in die

richtige Richtung gehen. Zu denken ist etwa an die Einführung der Elternzeit mit der Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und an das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Mit der Elternzeit ist nunmehr beiden Eltern eine paritätische Aufteilung des alten „Erziehungsurlaubes“ möglich. In den ersten drei Lebensjahren des Kindes können Mütter und Väter die Elternzeit zum ersten mal nun auch parallel in Anspruch nehmen und dabei bis zu 30 Stunden in der Woche in Teilzeit arbeiten. Auch kann nach Absprache mit dem Arbeitgeber ein Teil der Elternzeit aufgespart und zu einem späteren Zeitpunkt – z.B. bei der Einschulung – genommen werden.^{vi} Damit kommt der Vater zumindest potentiell ins Blickfeld. Und mit der parallelen Kampagne „Mehr Spielraum für Väter“ hat das Familienministerium zumindest schon mal die Werbetrommel gerührt.

Das Teilzeitgesetz wiederum beinhaltet einen Rechtsanspruch auf die Reduzierung der eigenen Arbeitszeit – allerdings mit der Einschränkung: sofern dem keine betrieblichen Gründe entgegenstehen. Immerhin wird aber Teilzeit für Führungskräfte ausdrücklich mit eingeschlossen. Ob aus dem Gesetz aber tatsächlich eine Erfolgsgeschichte wird, ist jedoch fraglich. Weniger wegen der betrieblichen Ablehnungsgründe, als wegen der fehlenden Rückkehrgarantie. Denn im Teilzeitgesetz ist allein die Arbeitszeitreduzierung als Rechtsanspruch gesetzlich verankert. Dies gilt nicht gleichermaßen für die Regelung zur Arbeitszeiterhöhung bzw. Rückkehr zur Vollzeit.^{vii}

Allerdings hat es die Bundesregierung versäumt, die Elternzeit auch adäquat finanziell auszustatten. Lediglich die Bemessungsgrenzen ab dem siebten Monat sind leicht nach oben korrigiert worden. An der Höhe des Erziehungsgeldes hat sich dagegen nichts geändert – außer der Option, bei Verzicht auf das Erziehungsgeld im zweiten und dritten Jahr einen erhöhten Satz im ersten Jahr zu erhalten.^{viii} Im Zuge der Agenda 2010 werden die Euro-Beträge der bisherigen Höchstsätze nun sogar wieder nach unten „geglättet“.^{ix} Sie betragen nunmehr monatlich maximal 300,- Euro für drei Jahre bzw. 450,- Euro im Budget-Angebot für ein Jahr. Damit sind sie weit entfernt von einer eigenständigen Existenzsicherung jenseits der Erwerbsarbeit. Im Gegenteil: Sie sind ein Zubrot und setzen weiterhin eine Person voraus, die sich um das Familieneinkommen kümmert. Und bei der noch immer bestehenden Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist es nicht schwer sich vorzustellen, wer nach Geburt des Kindes weiter arbeiten geht und wer „erst mal“ zuhause bleibt. (Ich will hier nur auf den „Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und

Männern“ verweisen, der im Sommer 2001 im Auftrag der damaligen Frauen- und Familienministerin erstellt wurde. Die damalige Ministerin Bergmann hat dazu festgestellt, dass es bei gleichbleibendem Anpassungstempo noch 178 Jahre im Westen, und 31 Jahre im Osten dauert, bis es gleiches Entgelt für Frauen und Männer gibt.^x Väterkampagnen allein reichen eben bei weitem nicht aus, um Männer hinter dem Ofen hervorzulocken. Nach einschlägigen Studien ist die finanzielle Situation der Familien ein wesentlicher Grund dafür, dass Männer sich in so geringem Umfang am Erziehungsurlaub resp. an der Elternzeit beteiligen.^{xi} Dieser wird fast ausschließlich von Frauen genommen – laut amtlicher Statistik lag der Anteil der Väter an der Gesamtheit der Personen, die Erziehungsurlaub nehmen, im Jahr 2000 lediglich bei ca. 2%.^{xii} Es zeigt sich, dass auch das novellierte Erziehungsgeldgesetz eher an eine traditionale Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern appelliert. Den Frauen wird der partielle Ausstieg aus dem Beruf versüßt und Männer können sich vor diesem Hintergrund weiter auf Beruf und Karriere konzentrieren.

In die gleiche Richtung weisen auch die klassischen Instrumente der finanziellen Familienförderung, wie Kindergeld, Kinderfreibetrag und das Ehegattensplitting. Rot-Grün hat hier im Grunde nichts verändert und lediglich pro Familie einige Euro draufgelegt. In der Gesamtheit kostet dies den Staat Unsummen an Mitteln, ohne dass sich die Lebenssituation der einzelnen Familien dadurch wirklich verbessert. Im Gegenteil. Denn diese monetären Förderinstrumente sind nicht nur unsozial – sie entlasten einkommensstarke Familien stärker als schwache – sondern zugleich auch geschlechterpolitisch kontraproduktiv. Das Ehegattensplitting bedeutet die massive Subventionierung einer traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter. Partnerschaftliche und geschlechterdemokratisch orientierte Lebensentwürfe erfahren demgegenüber keine gesonderte finanzielle Unterstützung. Wie es derzeit aussieht, ist Rot-Grün aber offenbar auch in dieser Legislaturperiode nicht mal zum Einstieg in den Ausstieg in der Lage – etwa durch Kappung des Ehegattensplittings in den oberen Einkommensbereichen.^{xiii}

Familienpolitik per se ist also keineswegs immer vereinbar mit einer Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und diese wiederum muss nicht zwingend auch mit geschlechterdemokratischen Zielvorstellungen einhergehen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen *und* Männer im gemeinsamen Miteinander und auf Dauer zu ermöglichen, braucht es

neben der finanziellen Absicherung von kinderbedingten beruflichen Auszeiten und der flexiblen Möglichkeit von Teilzeitarbeit unabdingbar einen Ausbau der öffentlichen Betreuungsinfrastruktur und der Ganztagschulen in Deutschland. Das sieht mittlerweile auch die Bundesregierung so. Familienministerin Renate Schmidt will damit gleich drei Problembereiche auf einmal angehen: die geringe Frauenerwerbstätigkeit, die niedrige Geburtenrate und die schlechten PISA-Ergebnisse.^{xiv} Zur Erinnerung: Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Jahr 2000 mit einer Geburtenziffer von 1,36 je Frau deutlich im unteren Bereich und zudem weit jenseits des zum vollständigen Generationenersatz notwendigen Niveaus von 2,1. Allerdings ist der Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er Jahre ein allgemeiner Trend, der in allen Industrienationen zu beobachten ist. Und bei den vielfältigen Faktoren, die hier eine Rolle spielen, müsste familien- und geschlechterpolitisch schon Wesentliches passieren, damit das auch nachhaltige bevölkerungspolitische Wirkung entfaltet. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Entwicklung der Frauenerwerbsbeteiligung. Erfreulicherweise nimmt diese – gerade auch bei Frauen mit Kindern – über die letzten Jahrzehnte kontinuierlich zu. Trotzdem liegt sie im Vergleich zu anderen europäischen Staaten noch immer nur im Mittelfeld. Die Beschäftigungsquote der Frauen in Deutschland liegt im Jahr 2000 insgesamt bei 57,8% gegenüber 72,7% bei den Männern. Zuständig für die Kinder sind dennoch weiterhin die Frauen. Das zeigt ein Blick auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern mit Kindern unter drei Jahren. Denn hier sind lediglich 30,5% der Frauen aktiv erwerbstätig – im Gegensatz zu 90,5% der Väter.^{xv} Hinzu kommt, dass weibliche Erwerbsbeteiligung weiterhin zu einem erheblichen Teil in Teilzeit stattfindet. Ende der 1990er Jahre waren in Deutschland 90% der Teilzeitbeschäftigten Frauen; die Teilzeitquote der Frauen lag insgesamt bei 42%, die der Männer lediglich bei 5%.^{xvi}

Wie sieht nun aktuell die Situation in der Betreuungslandschaft aus? Hierzu ist deutlich zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu differenzieren – ganz abgesehen davon, dass Deutschland auch in dieser Hinsicht im EU-Vergleich nicht sonderlich gut abschneidet. Die Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren lag Ende der 1990er Jahre im Westen nur bei 3% – im Gegensatz zu 36% im Osten. Kindergartenplätze für die 3 bis 6-Jährigen sind zwar rechnerisch ausreichend vorhanden – allerdings nur für eine Unterbringung am Vormittag. Hier fehlen vor allem Mittagsbetreuung und Ganztagsplätze. In den Schulen setzt sich das fort.

Weniger als 5% aller allgemeinbildenden Schulen sind Ganztagschulen. Und Hortplätze gibt es derzeit nur für 6% aller 6 bis 14-Jährigen.^{xvii}

Rot-Grün will nun in den nächsten Jahren Länder und Gemeinden mit 4 Mrd. Euro im Bereich der schulischen Tagesbetreuung und mit 1,5 Mrd. Euro beim Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für die unter 3-Jährigen unterstützen. Bis 2007 ist der Aufbau von bis zu 10.000 Ganztagschulen geplant.^{xviii} Und im Koalitionsvertrag war für den frühkindlichen Bereich eine Betreuungsquote von mindestens 20% im Gespräch. Nun scheint die bereits wieder vom Tisch. Die Familienministerin spricht neuerdings nicht mehr von starren Quoten sondern auch hier von Zielvereinbarungen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden für einen bedarfsgerechten Ausbau bis 2010. Finanziert werden sollen die 1,5 Mrd. für die Kleinen zudem aus Einspargewinnen, die den Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Zuge der Hartz-Gesetze verbleiben.^{xix} Was immer man nun von den Hartz-Konzepten halten will, auch hier gäbe es viel zu sagen, scheint das angesichts der derzeitigen Lage der öffentlichen Kassen in Deutschland keineswegs eine solide Finanzierungsgrundlage. Auch dürften Vorstellungen und Prioritätensetzung von Bund, Ländern und Gemeinden in ganz unterschiedliche Richtungen gehen, so dass Kompetenzstreitigkeiten vorprogrammiert scheinen. Ob sich auf diesem Weg die Ziele tatsächlich verwirklichen lassen, ist also durchaus offen. Ebenso, ob dabei auch tatsächlich geschlechterdemokratische Effekte für Frauen und Männer entstehen.

Manches geht also in die richtige Richtung, reicht aber bei Weitem nicht aus. Denn der Bedarf an einer geschlechterdemokratisch ausgerichteten Familienpolitik ist da. Aktuelle repräsentative Untersuchungen zeigen, dass sich 86% der Frauen mit Kindern unter drei Jahren in den alten Bundesländern wünschen, dass beide Elternteile erwerbstätig sind.^{xx} In den neuen Bundesländern sind dies sogar 96%. Für Westdeutschland sieht das im einzelnen wie folgt aus. 16% der Frauen wünschen sich eine Aufteilung, in der beide Eltern in Teilzeit arbeiten. Der überwiegende Teil – nämlich 63% – möchte eine Kombination von Vollzeit und Teilzeit. Und immerhin 7% wünschten eine beidseitige Vollzeittätigkeit. Die vorherrschende Realität der Familien sieht dagegen anders aus. Faktisch haben 77% der Eltern mit kleinen Kindern eine Arbeitsteilung, bei der eine Person in Vollzeit berufstätig ist und eine Person überhaupt nicht. Befürwortet wird dies allerdings nur von 14% der Frauen. In dieser eklatanten Differenz zwischen Wunsch

und Wirklichkeit der Arbeitszeiten von Müttern kleiner Kinder zeigt sich die gesellschaftspolitische Brisanz der Vereinbarkeitsfrage.

Doch auch auf Seiten der Männer tut sich in den letzten Jahren einiges. Seit Ende der 1980er Jahre wird über „neue Väter“ geredet. Zum Ausdruck kommt hierin zunächst einmal der Wandel des Vaterschaftskonzepts. Die Mehrheit der Väter – nämlich etwa 70% – sehen sich heute nicht mehr als „Ernährer“ sondern als „Erzieher“. Sie haben einen emotional anderen Bezug zu ihren Kindern als es noch ihre eigenen Väter hatten und Interesse an intensivem Kontakt zu ihren Kindern.^{xxi} Und nach der repräsentativen Männerumfrage der Kirchen Ende der 1990er Jahre lassen sich immerhin 20% als „neue Männer“ bezeichnen.^{xxii} Sie sind partnerschaftlich orientiert, gefühlsbetonter und sehen im Beruf nicht notwendig den alleinigen Lebenssinn. Viele dieser Männer wollen selbst aktive Väter sein. 60% halten es für eine Bereicherung, in den Erziehungsurlaub zu gehen. Doch auch in Bezug auf alle befragten Männer sehen dies immerhin noch 40% positiv. Wie andere Studien zeigen, ist auch der Wunsch nach einer deutlichen Arbeitszeitreduzierung – auf 30 Stunden oder weniger – ausgeprägter, als vermeintlich angenommen wird. Ende der 1990er Jahre konnten sich das immerhin 12% der vollzeitbeschäftigten Männer vorstellen.^{xxiii} Aus der Forschung wissen wir, dass folgende Faktoren die Übernahme von Erziehungsurlaub resp. Elternzeit durch Väter begünstigen:^{xxiv}

- die Berufs- und Einkommenssituation beider Elternteile im direkten Vergleich (hier insbesondere die hohe oder höhere Qualifikation der Frauen)
- die Berufsorientierung beider PartnerInnen (starke Berufsorientierung wiederum der Frauen im Vergleich zu teilweise weniger ambitionierten Männern)
- das Partnerschaftskonzept und die Arbeitsteilung des Paares (partnerschaftlich-egalitäre Vorstellungen)
- die Einstellung des Mannes zur Vaterschaft.

Ähnliches lässt sich auch für die Übernahme von Teilzeit aus familiären Gründen aufzeigen: Alternative familiäre Arrangements von Arbeit und Leben – in denen sich Frauen und Männer Beruf und Familie teilen – sind einerseits bestimmten Lebensentwürfen geschuldet. Häufig sind sie aber auch Ausfluss ganz pragmatischer Erwägungen im gemeinsamen alltäglichen Miteinander vor dem Hintergrund spezifischer Lebensumstände.^{xxv}

Und dabei ist es keineswegs so, dass die Männer nur aus „Not“ Kinderbetreuungspflichten übernehmen. Im Gegenteil. Und zu gewinnen haben sie schließlich eine ganz eigene biografische Erfahrung und eine qualitativ andere Beziehung zu ihren Kindern. Dies heben aktive Väter auch regelmäßig hervor.

Ein kleiner Teil der Männer ist also bereits auf dem Weg, für sich und mit ihren Partnerinnen eine neue Balance von Arbeit und Leben auszuprobieren. Und die Forschungsergebnisse lassen vermuten, dass es ein weit- aus größeres Potential an Männern gibt, die sich darauf einlassen würden. Dennoch machen es immer noch sehr wenige. Jenseits der bereits angeführten Ursachen steht zu vermuten, dass Blockaden gerade auch auf betrieblicher Ebene liegen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erscheint hier noch immer als ein „Frauenproblem“. Soweit es spezielle betriebliche Angebote gibt, werden Männer dadurch kaum angesprochen.^{xxvi} Die Übernahme von Elternzeit und Teilzeit ist mit beruflichen Risiken verbunden oder tatsächlich nur schwer durchsetzbar. Vorgesetzte mauern, männliche Kollegen witzeln und in der Unternehmenskultur und in den Vorstellungswelten der Beteiligten sind familienorientierte Männer – erst recht, je höher man in der Hierarchie kommt – nicht vorgesehen. Dabei heißt Familienorientierung mitnichten, dass keine beruflichen Ambitionen mehr vorhanden wären. Tausende von berufstätigen Müttern zeigen das jeden Tag. Warum sollte das bei Männer anders sein? Diese und ähnliche Fragen stellt ver.di derzeit in dem Projekt „Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem“. Betroffene Väter, aber auch Betriebs- und PersonalrätInnen kommen hier zu Wort, um mögliche Blockaden auf betrieblicher Ebene genauer in den Blick zu nehmen. Ziel ist es, entsprechende betriebliche Angebote und Unterstützungsleistungen für familienorientierte Männer zu entwickeln und für deren Situation zu sensibilisieren. Zugleich ist das Projekt Bestandteil einer Kampagne zur Entwicklung eines veränderten gewerkschaftlichen Männerbildes.

Berufs- und Karriereorientierung von Frauen und Familienorientierung von Männern sind zwei Seiten der gleichen geschlechterdemokratischen Medaille.

Damit nimmt ver.di den Gedanken der Geschlechterdemokratie in einem doppelten Sinne auf. Einerseits wollen wir Vielfalt und Gleichwertigkeit der Lebensentwürfe von Frauen und Männern konkret fördern und unter-



Ressort 2/Bereich Genderpolitik

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesverwaltung

stützen. Andererseits bewegen wir uns auch selbst und wollen unsere Organisation weiter modernisieren.

Geteilte Verantwortung, Möglichkeiten der Betätigung jenseits von Beruf und Familie, Teilzeit – und wo immer es geht auch Zeitwohlstand und Entschleunigung: das könnten Stichworte zur Beschreibung eines neuen, anderen, eben geschlechterdemokratischen Normalarbeitsverhältnisses sein. Unsere Aufgabe ist es, solche Entwicklungen zu unterstützen, zu begleiten und darauf zu achten, dass hierbei keine sozialen Schieflagen entstehen. Mittelfristig – so hoffen wir – wird sich dadurch unser reales Leben verändert. Auch das reale Leben in Organisationen, in Betrieben und Verwaltungen – und auch in ver.di selbst.

ⁱ SPD und Bündnis 90/Die Grünen (2002): Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie, Koalitionsvertrag, Berlin, S. 61

ⁱⁱ ebd., S. 29

ⁱⁱⁱ Möller, Iris/ Allmendinger, Jutta (2003): Betriebe könnten noch mehr für die Chancengleichheit tun, IAB Kurzbericht 12/2003

^{iv} Vgl. Pressemitteilungen des BMFSFJ vom 25.6.2003 „Lokale Bündnisse für Familie“ und Pressemitteilung des BMFSFJ vom 9.7.2003 „Kooperation von Politik und Wirtschaft zur Balance von Familie und Arbeitswelt“

^v Vgl. Pressemitteilung des BMFSFJ vom 2.9.2003 „Bundesministerin Renate Schmidt: Familie bringt Gewinn“

^{vi} Vgl. insgesamt dazu die BMFSFJ-Broschüre „Erziehungsgeld. Elternzeit – Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz für Eltern mit Kindern ab dem Geburtsjahrgang 2001“

^{vii} Vgl. Arbeitsministerium Broschüre „Teilzeit – alles, was Recht ist“, 2001; sowie: Bauer, Frank (2001): Kann das neue Teilzeit- und Befristungsgesetz die Geschlechterdiskriminierung aufbrechen?, in: WSI-Mitteilungen 08/2001, S. 508-513

^{viii} Vgl. insgesamt dazu die BMFSFJ-Broschüre „Erziehungsgeld. Elternzeit – Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz für Eltern mit Kindern ab dem Geburtsjahrgang 2001“

^{ix} Vgl. Pressemitteilung des BMFSFJ vom 19.8.2003 „Agenda 2010: Vorteil Familie“

^x Vgl. „Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend –Kurzfassung-, Juli 2001

^{xi} Vgl.: Beckmann, Petra (2001): Neue Väter braucht das Land! Wie stehen die Chancen für eine stärkere Beteiligung der Männer am Erziehungsurlaub?; IAB Werkstattbericht Nr. 6/2001, Nürnberg // sowie: Vaskovics, Laszlo A./Rost, Harald (1999): Väter und Erziehungsurlaub, Band 179 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart

^{xii} Engstler, Heribert/ Mening, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland, erweiterte Neuauflage, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, Berlin, S. 118

^{xiii} Vgl.: Dingeldey, Irene (2002): Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich, in: WSI-Mitteilungen 03/2002, S. 154-160 // sowie: Schratzenstaller, Margit (2002): Steuer- und transferpolitische Aspekte aktueller Familienpolitik, in Maier, Friederike/Fischer, Angela (Hg.): Gender Matters. Feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin, S. 181-209

^{xiv} Vgl. Rede der Ministerin des BMFSFJ, Renate Schmidt, zur Haushaltsdebatte vor dem deutschen Bundestag am 9.9.2003

^{xv} Alle Angaben aus: Engstler, Heribert/ Mening, Sonja 2003 a.a.O.

^{xvi} Vgl. Bauer 2001 a.a.O.

^{xvii} Alle Zahlen aus: Schratzenstaller, Margit (2002): Familienpolitik – wozu und für wen? Die aktuelle familienpolitische Reformdebatte, in: WSI-Mitteilungen, 03/2002, S. 127-132

^{xviii} Vgl. Pressemitteilung des BMBF vom 6.11.2002 „Bulmahn: Mit Ganztagschulen Chancen für alle schaffen. Bundesbildungsministerin stellt OECD-Bildungsbericht im Kabinett vor“

^{xix} Vgl. insg. Pressemitteilung des BMFSFJ vom 19.8.2003 „Agenda 2010: Vorteil Familie“

^{xx} Vgl. zu Folgendem: Beckmann, Petra (2002): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Frauen mit Kindern liegen immer noch weit auseinander; IAB Werkstattbericht Nr. 12/2002, Nürnberg

^{xxi} Vgl. Fthenakis, Wassilios/Minsel, Beate (2002): Die Rolle des Vaters in der Familie. Schriftenreihe des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 213, Stuttgart u.a.

^{xxii} Vgl. zu Folgendem: Zulehner, Paul M./Volz, Rainer (1998): Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein Forschungsbericht, Ostfildern

^{xxiii} Vgl. DIW-Wochenbericht 49/2000 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

^{xxiv} Vgl. Schneider, Norbert F./Rost, Harald (1998): Vom Wandel keine Spur – warum ist Erziehungsurlaub weiblich?, in: Oechsle, Mechthild/Geissler, Birgit (Hg.): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen, S. 217-236 // sowie: Vaskovics, Laszlo A./Rost, Harald (1999): Väter und Erziehungsurlaub, Band 179 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart

^{xxv} Vgl. Grottian, Peter/Rüling, Anneli/Kassner, Karsten (2003): Halbe-halbe. Über geschlechterdemokratische Arrangements in jungen Familien, in: Dokumentationsseite der Frankfurter Rundschau vom 27.08.2003

^{xxvi} Vgl. Faber, Christel/Borchers, Uwe (1999): Familie oder Beruf oder Beruf und Familie? Fallstudien und Perspektiven einer familienorientierten Personalpolitik der Flexibilisierung, München/Mering